

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 01/2024 vom 04.01.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Die Regierung Tusk 2.0 - eine präzisere „Politik der Liebe“*
- *Die Regierung von Tusk hat keine Angst vor Dudas Drohungen. Im Hintergrund der Kampf um [die TV-Anstalt] TVP*
- *Minister Sienkiewicz kündigte die Liquidation [der TV-Anstalt] TVP an*
- *Das Ende von Prunk in der [TV-Anstalt] TVP. Tusk antwortet auf Dudas Veto*
- *Die PiS träumt von einem nationalen Aufstand unter der Führung von Jarosław Kaczyński*
- *Die angeblichen Verteidiger der angeblich freien Medien*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Die Regierung Tusk 2.0 - eine präzisere „Politik der Liebe“



Quelle: wyborcza.pl

Von **Cezary Michalski**

Tusks frühere „Politik der Liebe“, die er nach dem Sturz Kaczyńskis bei den Wahlen 2007 umsetzte, bestand darin, die führenden PiS-Politiker und -Strukturen einschließlich der Leute von Mariusz Kamiński [...] in Ruhe zu lassen, in der Hoffnung, dass ihnen angesichts der Entspannung der sozialen Konflikte der politische Sauerstoff ausgehen würde. Tusk war auch sehr vorsichtig damit, moralische Revolutionen von oben zu verkünden und einzuführen. Damals glaubte er, dass die Mischung aus Werten, Geld und institutionellen Normen, die aus der EU zu uns kommen, die polnische Mittelschicht und die schwache liberale Tradition stärken würden und es ermöglichen, dass die „schweigende Mehrheit“ die wichtigsten sozialen Veränderungen langsam, wie von selbst, akzeptiert. Diese spezifische „Anästhesiepolitik“ (welche die bereits in Kaczyńskis ersten Regierungen krankhaft aufgeblähten politischen Leidenschaften und sozialen Ängste beruhigen sollte) überlebte jedoch den Schock der Smolensk-Katastrophe nicht, aus der Kaczyński sein politisches Methan erzeugte (denn er atmet im Gegensatz zu den meisten irdischen Organismen keinen Sauerstoff).

Die PiS-Machthaber unter Beschuss nehmen, aber nicht deren Wähler

Tusks präzisere „Politik der Liebe“ besteht heute darin, das Entscheidungszentrum der PiS hart zu treffen. Er will dieser Partei so schnell wie möglich die Kontrolle über die wichtigsten staatlichen Strukturen entziehen und mithilfe von Untersuchungsausschüssen sowie staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Verfahren (soweit den Funktionären der PiS und der Partei Souveränes Polen die Kontrolle über die

Dienste und die Staatsanwaltschaft entzogen wird) das Image einer Legitimität von Kaczyński und einiger Personen aus seinem engsten Umfeld zerstören.

Gleichzeitig blieb jedoch von der alten „Politik der Liebe“ in der neuen Praxis von Tusk und seinen Koalitionspartnern ein Verständnis für die Ängste vieler Wähler der PiS oder der Konföderation und einfach Menschen mit eher konservativen Ansichten oder Neigungen. Insbesondere für die realen Ängste vor einer Einwanderungskrise. Tusk weiß, dass ein Polen ohne PiS keineswegs ein Polen ohne die Rechten bedeutet. In der neuen Regierungskoalition sind PSL oder Hołownia die natürlichsten Akteure, um es mit den konservativeren Wählern aufzunehmen. Es lohnt sich, ihnen viel zuzugestehen, zumal sie im Plan für eine echte Regierung wenig fordern. Die [Bauernpartei] PSL will überleben (was unter der PiS unmöglich war). Hołownia will Präsident werden (und überlässt Tusk wichtige Bereiche der täglichen Staatsführung). Man muss ihnen erlauben, sich als „rechter Fuß“ des breiten demokratischen Machtlagers zu festigen. Das heißt jedoch nicht, dass Tusk es ihnen allein überlassen wird, ein Angebot für die konservativere Wählerschaft zu schaffen, und sei es nur, weil diese Wählerschaft in Polen immer noch die Mehrheit stellt. Er hat bereits begonnen, sich in der Einwanderungspolitik realistisch, zentristisch oder sogar rechts-zentristisch zu positionieren („die nationalen Grenzen sind wichtig, die illegale Migration ist eine Bedrohung, nur dass wir dieses Problem ohne die Unfähigkeit der PiS lösen werden, die Kaczyński, Kamiński oder Ziobro mit einer Brutalität ihrer Erklärungen und Handlungen vertuscht und damit das Image der polnischen Dienste und des polnischen Staates zerstört haben“).

Enttäuschte Aktivisten an der Grenze

Ich kann die Verbitterung der Aktivisten, die Flüchtlingen an der polnisch-belarussischen Grenze helfen, über diese Tusk-Strategie verstehen. Aber auch sie haben den Fehler gemacht, die weit verbreiteten Ängste der Öffentlichkeit vor unkontrollierter Einwanderung völlig zu übersehen. Ängste, die zum Teil von der PiS zynisch angeheizt und ausgenutzt werden, zum großen Teil aber auch real sind. Ängste vor einem massiven, unkontrollierten Zustrom von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen, der die Institutionen des Westens zerstört und sie unfähig macht, die Neuankömmlinge kulturell und politisch zu assimilieren. Diese Befürchtungen bestätigten sich nach dem Angriff der Hamas auf Israel, als Millionen nicht integrierter Muslime in Europa sich plötzlich so verhielten wie einige Araber nach den Anschlägen vom 11. September 2001, indem sie das Aufschlitzen von Kinderkehlen und die Vergewaltigung von Frauen als tolle Rache an Israel betrachteten und die Leidenschaften des Nahostkonflikts auf die Straßen von London, Berlin und Paris brachten. Die Intervention im Gazastreifen, die eine grausame Vergeltungsmaßnahme darstellt, aber angesichts der Brutalität und des Ausmaßes des vorherigen Hamas-Angriffs unvermeidlich war, hat diese Krise nur noch verschärft. Tusk, der realistisch über die Einwanderung, die Grenzen Polens und Europas spricht, hat eine Sprache gewählt, die auch in den europäischen Institutionen dominiert. Die PiS kann von einer weiteren Kapitulation Brüssels in Sachen Einwanderung schwadronieren, die angeblich der gerade von den EU-Institutionen verabschiedete Migrations- und Asylpakt ist. In Wirklichkeit stellt er jedoch eine deutliche Verschärfung der EU-Einwanderungspolitik dar. Vernünftig und realistisch, vorausgesetzt, er wird umgesetzt.

PiS effektiv von den Sendern abschneiden

Bislang hat die neue Regierung am meisten - und am spektakulärsten - im Bereich der öffentlichen Medien getan. An diesem Beispiel kann man also am besten erklären, was diese neue, präzisere „Politik der Liebe“ von Tusk ist. Einerseits ein hartes „Abstellen des Sendesignals“ für die PiS-Hetzer und Politiker, die nach acht Jahren vollendeter Tatsachen wirklich glaubten, dass die öffentlichen Medien immer ihnen gehören würden. Andererseits eine eigene Botschaft, die keineswegs das schlichte Gegenteil der Hetze der PiS ist. Die effektive Abschaltung des PiS-Fernsehens war ein Test für die Fähigkeiten der neuen Regierung. Vor diesem Hintergrund treiben die Aktionen von Kaczyński, Macierewicz und Morawiecki, die die Toiletten in der PAP-Zentrale [Polnische Presseagentur] blockieren, die PiS immer tiefer in die Grotteske. Kaczyński rechnet noch immer mit einer möglichen Ablehnung der Eintragung der Änderungen in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten von Fernsehen und Rundfunk in das nationale Gerichtsregister. Ich bin jedoch überzeugt, dass Tusk und Sienkiewicz für einen solchen Fall mehrere Pläne B haben. Denn es

wäre eine Katastrophe für die Regierung und die gesamte neue Koalition, wenn das öffentlich-rechtliche Fernsehen wieder in die Hände von Kaczyński, Rachoń, Pereira und Magdalena Ogórek gelangen würde. Auf der einen Seite haben wir es also mit einem Test der politischen Effizienz zu tun, den Tusk bisher bestanden hat. Andererseits lernen wir die langsam entstehende neue Botschaft der öffentlichen Medien kennen. Dem Zuschauer des Ersten Programms wird ein sehr vorsichtiges, sogar konservatives Angebot gemacht (sowohl in Bezug auf Werte als auch auf Ästhetik), ohne das Gift der PiS. Natürlich ist ein Teil des Publikums ausschließlich dem Gift verfallen, aber das ist ein relativ kleiner Teil. Der Wechsel dieser Zuschauer zu Telewizja Republika wird von Kaczyński sicher nicht als Garantie für seinen künftigen politischen Erfolg gesehen.

Fernsehen für ein Massenpublikum, nicht für progressive Aktivisten

Für den Teil des Publikums jedoch, der nicht auf Gift, sondern auf ein eher traditionelles ethisches und ästhetisches Angebot ausgerichtet war, hat das neue öffentlich-rechtliche Fernsehen die sinnvollste Richtung gewählt. Vorläufig handelt es sich bei der überwiegenden Mehrheit um bestehende Produktionen. Von Quizsendungen bis zu Konzerten mit Weihnachtsliedern oder polnischen Serien. Mit leisem Amüsement habe ich im Ersten Programm (und natürlich auf dem ehemaligen TVP-Info-Sendeplatz) das monumentale Weihnachtskonzert aus dem Sanktuarium Niepokalanów mit dem Präsidentenpaar gesehen, das noch von Matyszkowicz produziert wurde. Deshalb schwärmte einer der Konzertmoderatoren von „unserem polnischen Nationalgott“ (Jahwe hätte gelacht, als er das hörte). Die neuen Leiter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens strahlten die Sendung jedoch sehr loyal aus.

Am interessantesten sind natürlich die neuen Nachrichtensendungen, die ebenfalls im Sinne einer „präziseren Politik der Liebe“ formatiert sind. Also keine Horrorstreifen, die den Zuschauern einreden, dass Kaczyński jetzt Polens Verräter ist. Im Bereich der internationalen Nachrichten wurde die antideutsche, EU-feindliche und generell antiwestliche Stimmung, mit der die Fernsehprogramme von Kurski und Matyszkowicz gefüllt waren, deutlich gedämpft. Stattdessen wurde die Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine in einem eindeutig putinfeindlichen Geist gehalten.

Besonders interessant war das umfangreiche Material über die von Papst Franziskus beschlossenen Änderungen der Lehre in der Kirche, darunter die Zulassung der Segnung homosexueller Paare (was sie nicht mit traditionellen katholischen Ehen gleichsetzt). Es wurden die Zweifel und Befürchtungen beider Seiten dargestellt: Schwule befürchten, dass diese Entscheidung den Prozess der vollen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften durch die Kirche aufhalten würde, und Traditionalisten glauben, dass das „Salz seinen Geschmack verliert“. Auf Seiten der institutionellen Kirche wurde dieser Streit von einem besonders vernünftigen Jesuiten, Pater Jacek Prusak, kommentiert. Er ist an die Stelle der selbst ernannten Theologen der polnischen Alt-Right (alternativen Rechten) getreten, die in den letzten acht Jahren in den staatlichen Medien die Kirche (und jedes andere Thema) erklärt haben.

Um es noch einmal zu wiederholen: Konservatismus ohne PiS-Hetze. Ohne zum Beispiel den Zuschauern des Ersten Programms die LGBT-Aktivistin Margot als neues Rollenmodell aufzudrängen. Das Große Orchester der Weihnachtshilfe (Wielka Orkiestra Świątecznej Pomocy) könnte in ein paar Wochen ganz unumstritten in dieses Fernsehen zurückkehren. Und Jurek Owsiak, der sowohl ein karitatives Genie als auch ein sehr verantwortungsbewusster Politiker ist, wird dafür sorgen, dass bei den WOŚP-Konzerten (vor allem in dem vom neuen öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlten Teil) keine Heavy-Metal-Satanisten auftreten, die zwar brillant growlen, aber es ist nicht sicher, ob die Zuschauer des polnischen Fernsehens für ein solches Growling bereit sind.

Duda schoss ein Eigentor

Es scheint, dass Andrzej Duda die Folgen des Wandels in der audiovisuellen Landschaft nicht ganz verstanden hat. Der Schwung und die Härte von Tusks Offensive, die gerade begann, erschreckten ihn mehr als Kaczyńskis Gebrüll vor der Toilette am Powstańców-Platz. Duda hat verstanden, dass er völlig marginalisiert werden könnte. Die Marginalisierung nützt ihm überhaupt nichts, denn der Zeitpunkt, an dem er für den Verstoß gegen die Verfassung zur Rechenschaft gezogen wird, ist keineswegs verschoben - ganz im Gegenteil. Um die neue Regierung für ihr Vorgehen in den öffentlichen Medien zu bestrafen, hat er

aus Angst vor einer Verringerung seines Einflusses auf die polnische Justiz sein Veto gegen das Haushaltsgesetz eingelegt und „nebenbei“ die Gehaltserhöhungen für Lehrer, den gesamten Haushalt und die uniformierten Dienste blockiert. Der hohe politische und imagemäßige Preis für diese Geste wurde weder vom Präsidenten noch von Marcin Mastalerek gewürdigt, der Duda intellektuell so weit überlegen ist, dass er beschloss, den schwachen Präsidenten zu einem Werkzeug für die Verwirklichung seiner eigenen politischen Ambitionen auf dem rechten Markt zu machen.

Dudas Phantasie lebt noch in einer audiovisuellen Landschaft, die es nicht mehr gibt. Die in den neuen öffentlichen Medien verbreitete Information, dass der Präsident durch die Verlangsamung der Haushaltsarbeiten in Wirklichkeit das Kindergeld 800plus oder Gehaltserhöhungen für Lehrer, Staatsangestellte, die Polizei und die Armee blockiert, bedarf keines „Horrorstreifens“, denn sie ist an sich schon peinlich genug für Duda. Deshalb beschloss die Koalition, mit harten Bandagen zu kämpfen, und Hołownia weigerte sich, der vom Präsidenten geforderten Änderung des Parlamentskalenders zuzustimmen.

Dudas möglicher Versuch, das völlig diskreditierte Przyłębska-Verfassungsgericht zu nutzen, um die Regierung zu destabilisieren (es ist illegitim, weil anstelle ordnungsgemäß gewählter Richter PiS-Doubles dort sitzen, weil zwei seiner Mitglieder zu spät gewählt wurden und weil es von einer Präsidentin geleitet wird, deren Amtszeit bereits abgelaufen ist), wird Tusks Entschlossenheit nur noch verstärken, auch an dieser Front mit dem Wiederaufbau der Verfassungsinstitution zu beginnen, d.h. des echten Verfassungsgerichts, das Kaczyński, Ziobro und Duda 2016 zerstört haben.

Wenn es nicht zu viel „symmetrisches“ Beben innerhalb des Machtlagers selbst oder in seiner medialen Meinungsbasis gibt, können die ersten Maßnahmen im Sinne einer „präziseren Politik der Liebe“ als Erfolg gewertet werden.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,30544300,rzad-tuska-2-0-bardziej-precyzyjna-polityka-milosci.html>



www.mleczko.pl

**MEINE DIAGNOSE
- PROBLEME MIT ÜBERMÄSSIGER AUSTEILUNG**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Die Regierung von Tusk hat keine Angst vor Dudas Drohungen. Im Hintergrund der Kampf um [die TV-Anstalt] TVP



Quelle: wyborcza.pl

Von **Iwona Szpala**

„Es wird weder eine Dringlichkeitssitzung zu den Vorschlägen des Präsidenten noch eine zusätzliche Sitzung des Sejms geben“, so einer der stellvertretenden Regierungsminister von Donald Tusk. Andrzej Duda hat ein Veto gegen das Haushaltsgesetz angekündigt, weil er das Geld für TVP blockieren will.

Der Präsident kündigte am Samstag an, er werde einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, der bereits ohne Subventionen für die öffentlichen Medien auskommt. Duda ist der Ansicht, dass das „Entparteilichen“ der Medien, d. h. Wechsel an Spitze der Verwaltung durch den Minister für Kultur und Nationales Erbe Bartłomiej Sienkiewicz, einen Verstoß gegen das Gesetz darstellt. Duda fordert die Präsidenten des Sejms und des Senats auf, „dringend beide Kammern einzuberufen, um den Gesetzentwurf noch in diesem Jahr zu prüfen und zu verabschieden.“

Kaczynski fordert, Duda handelt

Grund für das Veto war die Bereitstellung von 3 Mrd. PLN für die TVP, Polskie Radio und [Polnische Presseagentur] PAP, d. h. ähnlich viel Geld, das sie während der PiS-Regierung erhalten hatten. Bei dieser Gelegenheit hat Duda auch die Erhöhungen im Bildungswesen und bei den uniformierten Staatsbeamten annulliert. „Ich versichere den Geschädigten: Wir schaffen das schon“, schrieb Premierminister Donald Tusk am Tag vor Heiligabend und fügte hinzu: „Das Veto des Präsidenten nimmt Vorschullehrern und

Anfängern das Geld weg, während es die Gehaltsobergrenzen für Vorstandsvorsitzende abschafft, d. h., unbegrenzte Erhöhungen für die Präsidenten staatlicher Unternehmen und Behörden ermöglicht. Eine Schande. Frohe Weihnachten, Herr Präsident.“

Vor dem Veto beschwerte sich der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, dass Duda im Streit um die öffentlichen Medien sich schwach engagiert. Nach den Änderungen bei den Behörden von TVP, Polskie Radio und der Polnischen Presseagentur wurden die PiS-Parlamentarier aktiv. Sie bewachen das Gebäude der Telewizyjna Agencja Informacyjna am Platz Powstańców Warszawy (von wo aus Nachrichtensendungen wie das eingestellte TVP Info oder ‚Wiadomości‘ gesendet wurden) und der PAP. Sie sprechen über „Neo-Vorsitzende“ und über einen Staatsstreich. Sie versuchen, neue Mitarbeiter dazu zu zwingen, sich auszuweisen. Sie unterstützen die entlassenen Präsidenten und Direktoren.

Kaczyński erscheint auch persönlich. Er leistete zwei Nachtwachen im Fernsehgebäude in Woronicza-Straße und in der PAP. Damals sprach er Duda an: „Wir glauben, dass der Präsident, der hier im Moment keine Aktivität zeigt, eines Tages oder vielleicht sogar zu einer bestimmten Stunde seine Meinung doch noch ändern und diese Aktivität beschließen wird, und zwar eine ganz entschlossene, denn er könnte hier ganz entscheidend eingreifen und die Sache wäre erledigt.“

Kurze Zeit später kündigte Duda das Veto mit der Begründung an: „Dies kann angesichts des eklatanten Verstoßes gegen die Verfassung und die Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates nicht zugelassen werden. Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen zunächst fair und rechtmäßig repariert werden“.

Der Präsident kündigte an, dass er unmittelbar nach Weihnachten einen Entwurf vorlegen werde, der auch die Gehaltserhöhungen für das Bildungswesen enthält. Wie die „Wyborcza“ festgestellt hat, könnte er auch den Haushaltsentwurf selbst im Januar an das Verfassungsgericht von Julia Przyłębska zurückschicken, da er kein Veto einlegen kann. Einige Verfassungsrechtler glauben, dass dies ein Vorwand für den Versuch sein könnte, den Sejm wegen der „Nichtverabschiedung des Staatshaushalts“ aufzulösen. Dies wäre allerdings ein halsbrecherischer Schritt.

Die Regierenden haben keine Angst vor Duda

Nach dem, was wir von Politikern der demokratischen Koalition hören, haben sie keine Angst vor Dudas radikalen Maßnahmen. Die vom Präsidenten diktierte Änderung des parlamentarischen Kalenders wird es nicht geben. Die nächste Sitzung ist für den 10. Januar geplant.

„Alles ist unter Kontrolle. Es wird keinen Sejm geben, keine Arbeit an dem, was der Präsident vorschlagen wird. Er ist nicht derjenige, der die Finanzpolitik des Staates und die Arbeit des Sejms gestaltet. Das Geld für die Erhöhungen steht im Haushalt 2024, gegen den er kein Veto einlegen kann“, hören wir von einem stellvertretenden Minister. „Und lassen Sie mich Ihnen versichern, dass die Regierung Mittel und Wege hat, ihren Verpflichtungen nachzukommen, sie braucht keine Haushaltsgesetze, um dies zu erreichen. Nach dem, was Andrzej Duda getan hat, braucht die Situation einige Anpassungen, eine andere Art, Verpflichtungen zu erfüllen. Aber wir werden es trotzdem schaffen, den Haushalt bis Ende Januar zu verabschieden.“

Unser Gesprächspartner versichert, dass am Mittwoch mehr Details bekannt sein werden. An diesem Tag soll die Regierung Tusk tagen.

„Das einzige Problem, das das Veto verursacht, sind die Gehälter der Vorstände in staatlichen Unternehmen. Durch das Veto wurden die Bestimmungen zur Begrenzung der Gehälter gestrichen, so dass hier ein Gesetz benötigt wird“, fügt unser Gesprächspartner hinzu.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30541308,rzad-tuska-nie-boi-sie-grozb-dudy-w-tle-walka-o-tvp.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Minister Sienkiewicz kündigte die Liquidation [der TV-Anstalt] TVP an



Quelle: [onet.pl](https://www.onet.pl)

„Im Zusammenhang mit der Entscheidung des Präsidenten der Republik Polen, die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien auszusetzen, habe ich beschlossen, die Unternehmen Telewizja Polska S.A., Polskie Radio S.A. und Polska Agencja Prasowa S.A. zu liquidieren“, heißt es in der Erklärung des Ministers.

„In der gegenwärtigen Situation wird eine solche Maßnahme den Fortbestand dieser Unternehmen sichern, die notwendigen Umstrukturierungen in ihnen durchführen und die Entlassung von Arbeitnehmern, die in den oben genannten Unternehmen beschäftigt sind, aufgrund mangelnder Finanzierung verhindern. Der Zustand der Liquidation kann jederzeit durch den Eigentümer zurückgenommen werden“, heißt es in der Begründung.

Die Möglichkeit, TVP und die anderen öffentlichen Medien zu liquidieren, erschien inoffiziell nach dem Wahlsieg der Koalition am 15. Oktober als eine der Möglichkeiten, Veränderungen herbeizuführen.

Auf dieses Szenario hatte sich der damalige Kulturminister Piotr Gliniski Ende November vorbereitet. Er wollte die Statuten der Unternehmen dahingehend ändern, dass die Liquidatoren die Mitglieder der Vorstände sein sollten, die noch immer vom Nationalen Medienrat der PiS ernannt werden.

Die Regierung von Donald Tusk reagiert auf das Veto des Präsidenten. Es wird ein neues Gesetz geben

„Wir haben nach dem Veto des Präsidenten beschlossen, dass die Regierung ein neues Haushaltsgesetz vorbereiten wird“, sagte Ministerpräsident Donald Tusk auf einer Konferenz nach der Kabinettsitzung.

„Der vom Präsidenten abgelehnte Haushaltsentwurf enthielt die Aussage, dass der Finanzminister einen Teil der 3 Mrd. PLN für die öffentlichen Medien bereitstellen könne, aber nicht müsse“, so Tusk. Wie er hinzufügte, „hängt dies mit der Möglichkeit zusammen, das Fernsehen aufgrund der geringen Einnahmen aus der Rundfunkgebühr zu unterstützen“.

„Unser Vorschlag war gut durchdacht. Die Anleihen in Höhe von 3 Mrd. PLN sollten dem Finanzminister zur Verfügung gestellt werden, und wir gingen davon aus, dass dieses Geld in erster Linie in die pädiatrische Onkologie fließen sollte. Das war unsere Absicht, und das haben wir auch der Öffentlichkeit versichert“, sagte der Premierminister.

PiS-Plan in Bezug auf die Regierung von Donald Tusks. Der Plan könnte in vorgezogenen Wahlen enden

Politiker der PiS wollen Andrzej Duda davon überzeugen, das Haushaltsgesetz an das Verfassungsgericht zu schicken, berichtet die Gazeta Wyborcza. Dort würde es von Julia Przyłębska für verfassungswidrig erklärt. Dies wiederum könnte ein Argument für eine vorzeitige Auflösung des Parlaments und Neuwahlen sein. Allerdings hängt alles vom Präsidenten ab, da die Gesetzgebung in dieser Frage nicht eindeutig ist.

In einem Interview mit Gazeta Wyborcza erklärt Dr. Sławomir Dudek, dass das Problem von der Regierung auf einfache Weise umgangen werden kann. Sie kann nämlich die Subventionen für die öffentlichen Medien aus dem Hilfs-Haushaltsgesetz (gegen das der Präsident ein Veto einlegen kann) in das Haushaltsgesetz (gegen das der Präsident kein Veto einlegen kann) verschieben.

Nach den Erkenntnissen der Zeitung will jedoch Jarosław Kaczyński Andrzej Duda dazu drängen, das Haushaltsgesetz an das Verfassungsgericht zu schicken, das von der PiS kontrolliert wird. Nach dem Gesetz muss das Verfassungsgericht dann innerhalb von zwei Monaten ein Urteil fällen.

Zsfg.: JP

<https://wiadomosci.onet.pl/kraj/minister-sienkiewicz-oglosil-postawienie-tvp-w-stan-likwidacji/xj07nqn>

Das Ende von Prunk in der [TV-Anstalt] TVP. Tusk antwortet auf Dudas Veto



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agnieszka Kublik**

Die Tusk-Regierung wird die öffentlichen Medien nicht zu Fall bringen. Sie werden Geld bekommen, um „keinen Herzinfarkt zu bekommen“, aber „der Prunk wird nicht fortgesetzt“.

Ministerpräsident Donald Tusk gab am Mittwoch nach einer Kabinettsitzung bekannt, wie die Regierung auf das Veto des Präsidenten gegen das Hilfs-Haushaltsgesetz reagieren wird. Darin hat die Regierung Tusk die Möglichkeit - aber nicht die Verpflichtung - verankert, 3 Mrd. PLN in Form von Anleihen an öffentliche Medien zu übertragen.

Ohne dieses Geld droht den Medienunternehmen der Bankrott. Tusk hat versichert, dass er dies nicht zulassen werde, da er als Regierungschef über eine Haushaltsreserve verfüge. Aber er hat bereits die Umstrukturierung von Unternehmen angekündigt, insbesondere von TVP, die er als „Augiasstall“ bezeichnete.

Es wird Kürzungen bei TVP geben

Wie Tusk sagte, zwingt das Veto des Präsidenten, das die Unterstützung für die TVP kürzt, den Kulturminister, bestimmte Entscheidungen zu treffen, „von denen Sie wahrscheinlich morgen hören werden“. Die Medien vergifteten nicht nur das öffentliche Leben, sagte er, sondern es würden dort auch viele Entscheidungen getroffen, die das neue Team korrigieren müsse. Manches Aufräumen wird Geld kosten – und genau darum sollte es bei der Finanzausstattung gehen. „Es geht um rationales Handeln in

der Verwaltung. Es wurde dort eine gigantische Menge Geld verschwendet. Und darum muss sich der Minister kümmern, nicht darum, nach Geld zu suchen“, erklärte er.

Er gab nicht bekannt, auf welche Entscheidungen von Bartłomiej Sienkiewicz er sich bezog. Er betonte auch, dass seiner Meinung nach alle Maßnahmen des Kulturministers rechtmäßig seien. „Wenn jemand anderer Meinung sei, solle er vor Gericht gehen. Nicht Jarosław Kaczyński oder Donald Tusk werden entscheiden, sondern das Gericht.“

Solange das Handelsgericht die Entscheidungen von Sienkiewicz nicht rechtskräftig beanstandet, sind sie rechtmäßig.

Am Mittwoch kündigte der Nationale Medienrat jedoch an, dass er die Ernennung der neuen Behörden der Mediengesellschaft anfechten werde. Abgeordnete der PiS halten seit dem Morgen eine parlamentarische Intervention zu diesem Thema im Kulturministerium ab. Die Proteste der ehemaligen Geschäftsführung, die von PiS-Politikern unterstützt wird, dauern am Sitz von TVP oder PAP noch an.

Tusk kündigte an, dass sich jeder der Abgeordneten, die das TVP- oder PAP-Gebäude blockiert und dabei gegen das Gesetz verstoßen haben, einzeln dafür verantworten werde. Der Staatsanwaltschaft wurden in diesem Fall bereits sechs Bescheide zugestellt. „Es wird keine heiligen Kühe geben“, sagte der Premierminister. „Wir werden die Immunität aufheben. Gerechtigkeit wird unausweichlich sein.“

Am späten Nachmittag wurde bekannt, dass der Kulturminister drei Medienunternehmen – TVP, Polskie Radio und PAP – in Liquidation versetzt hat.

Neues Gesetz ist präziser

Andrzej Duda kündigte am Tag vor Heiligabend sein Veto gegen das Hilfs-Haushaltsgesetz an. Er begründete die Blockierung der Überweisung von 3 Mrd. Zloty an die öffentlichen Medien mit den Entscheidungen des Kulturministers, der die Aufsichtsräte von TVP, Radio und PAP ernannte und diese zu neuen Vorsitzenden der Unternehmen ernannte. Duda schrieb auch, dass er seinen eigenen Gesetzentwurf vorlegen werde, und forderte die Parlamentspräsidenten auf, „beide Kammern dringend einzuberufen, um den Gesetzentwurf noch in diesem Jahr zu prüfen und zu verabschieden“. Am Mittwochmorgen legte er ihn tatsächlich vor. Er ließ alles unverändert, mit Ausnahme der 3 Milliarden PLN für die öffentlichen Medien.

Am Dienstag sagte uns ein stellvertretender Minister, dass es keine Beschleunigung der Beratungen des Sejms geben werde. Er wird sich auch nicht mit dem Vorschlag des Präsidenten befassen. Die nächste Sitzung ist für den 10. Januar geplant. Dies wurde am Mittwoch offiziell vom Sejm-Sprecher Szymon Hołownia bekannt gegeben. In einer Erklärung schrieb er, dass die vom Präsidenten übermittelten Dokumente bei den Juristen des Sejms eingegangen seien. „Der Entwurf wird zur Konsultation verschickt, und auch der Premierminister wird ihn erhalten, um den Standpunkt der Regierung darzulegen“. Das Veto des Präsidenten „wird vom Sejm geprüft werden“, erklärte er.

Als das Kabinett am Mittwoch um 11.00 Uhr zusammentrat, schrieb der Leiter des Präsidialamtes Marcin Mastalerek in den sozialen Medien: „Heute ist bereits klar, dass das Wichtigste für Donald Tusk die 3 Milliarden PLN für die illegal beschlagnahmten Medien waren. Die Gehaltserhöhungen für Lehrer waren ihm völlig egal. Nachdem Präsident Andrzej Duda seinen runden Haushaltsentwurf vorgelegt hatte, in dem die 3 Milliarden für die Medien nicht enthalten sind, weigerte sich Parlamentspräsident Szymon Hołownia, ihn im Sejm dringlich zu behandeln. Der Parlamentspräsident hat die wahren Absichten der derzeitigen Mehrheit offengelegt. Eine Schande.“

Tusk teilte jedoch mit, dass die Regierung bereits über einen neuen Gesetzentwurf verfügt. Laut dem Premierminister ist dieser präziser. „Wie Sie sich erinnern, enthielt der Gesetzentwurf, gegen den ein Veto eingelegt wurde, die Aussage, dass der Finanzminister einen Teil der 3 Mrd. PLN für die öffentlichen Medien bereitstellen könne“, sagte er. Der Premierminister erinnerte daran, dass die 3 Mrd. PLN für die Onkologie vorgesehen waren. „Nach dem Veto von Andrzej Duda gibt es einen neuen Entwurf, in dem wir ausdrücklich geschrieben haben: 3 Milliarden PLN aus den Anleihen werden dem Nationalen Gesundheitsfonds (NFZ) zur Verfügung stehen. Sie sind für die Psychiatrie, seltene Krankheiten und die pädiatrische Onkologie bestimmt“, zählte er auf.

Er versicherte, dass alle im Haushaltsgesetz vorgesehenen Erhöhungen - einschließlich derjenigen für Lehrer oder in den uniformierten Diensten - trotz des Vetos von Duda in Kraft bleiben würden.

„Ich kann Ihnen versichern, dass die Regierung Mittel und Wege hat, ihren Verpflichtungen nachzukommen, sie braucht kein Haushaltsgesetz“, sagte uns ein stellvertretender Minister am Mittwoch. Er erinnerte uns daran, dass das Geld im Haushalt steht, gegen den der Präsident kein Veto einlegen kann. Er räumte ein, dass das einzige Problem die Gehälter für die Vorstände der staatlichen Unternehmen seien, und hier sei ein Gesetz erforderlich.

Ohne die Medien hätten sie keine Wahlen gewonnen.

Nach den Veränderungen in den Medien begannen die Abgeordneten der PiS damit, die Gebäude der Unternehmen zu bewachen, die Türen zu bewachen, entlassene Mitarbeiter hereinzulassen und zu versuchen, andere zu nötigen sich auszuweisen. Der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński beteiligte sich an der Aktion [...]. Er gab zahlreiche Kommentare ab und kritisierte auch Andrzej Duda. Er wies ihn darauf hin, dass er sich nicht genug für das Thema engagiere.

„Es gibt keine Version der Wiederherstellung der öffentlichen Medien für die Nation, die nicht den Zorn der PiS und Kaczynskis hervorrufen würde“, sagte Tusk während der Konferenz am Mittwoch. „Sie haben sich nicht mit dem Verlust der Macht abgefunden, und das ist das Problem. Erinnern Sie sich, wie die PiS auf verfassungswidrige Weise die Medien übernommen und mit ihren Leuten besetzt hat? Haben Sie je gesehen, dass unsere Abgeordneten in Fernsehstudios eingedrungen sind, und sich mit einfachen PAP-Mitarbeitern gedroschen haben?“, fragte er.

„Kaczyński mag nicht, was gerade in den Medien passiert, und das überrascht mich überhaupt nicht. Er ist an die Tatsache gewöhnt, dass die öffentlichen Medien Eigentum der PiS und ihrer Gefolgsleute sind. Daher die wütende Reaktion und der Kampf um sein Leben“, sagte er. „Sie werden bald herausfinden, warum einige dafür kämpfen, die Hand an der Kehle der öffentlich-rechtlichen Medien zu halten, und das sind keine schönen Gründe.“

„Ohne die öffentlichen Medien fest in der Hand zu halten, würden sie keine Wahlen gewinnen. Sie wissen, dass sie keine Chance haben, wenn sich die Wahrheit im öffentlichen Leben durchsetzt. Deshalb kämpfen sie wie besessen“, sagte er zu der Situation.

„Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist die Normalität und der Anstand. Das Gesetz des Anstands zu brechen, ist die Sache der PiS. Sie hat Berufungsinstitutionen, keine Fäuste. Wir haben kein Verfassungsgericht, der Medienrat ist verfassungswidrig, was die Besetzung der Medien angeht. Wir müssen aus dem totalen juristischen Schlamassel herauskommen [...].“

Er räumte ein, dass der Wandel in den Medien nicht elegant sei, gab aber der PiS die Schuld daran. Er betonte, dass sein Team das Gesetz respektieren werde. Im Gegenzug erklärte er dem Präsidenten, er sei bereit, über ein Gesetz zu sprechen, das alle politischen Parteien in Polen akzeptieren würden.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/51,75398,30543803.html>

Die PiS träumt von einem nationalen Aufstand unter der Führung von Jarosław Kaczyński



Quelle: rp.pl

Ein Kommentar von **Zuzanna Dąbrowska**

Donald Tusk mobilisierte die Wähler während des Wahlkampfs durch die Organisation von zwei großen Demonstrationen. Sie zeigten die Stärke der Opposition gegen die PiS-Regierung und gaben den Wählern der ehemaligen Opposition ein Gefühl der Gemeinschaft. Berichte von den Straßen Warschaus, die das Engagement der Bevölkerung zeigten, trugen ebenfalls zur Wahlbeteiligung bei. Und obwohl die PiS versuchte, diese Botschaften zu ignorieren, trugen sie ihren Teil dazu bei und gaben der neuen Macht die Kraft, zurück zu schlagen. Jetzt träumen die ehemaligen Machthaber davon, den Erfolg von Tusk zu wiederholen und Jarosław Kaczyński in dessen Rolle zu setzen.

Was will Jarosław Kaczyński erreichen?

„Man muss sich dagegen wehren. Am 11. Januar wird es eine Demonstration in Warschau geben, hoffentlich eine große Demonstration. Wir werden uns dagegen wehren“, kündigte der Vorsitzende der PiS in einem Interview an. Und PiS-Sprecher Rafał Bochenek rief zur Teilnahme am Protest der freien Polen vor dem Sejm an diesem Tag um 16 Uhr auf. Die PiS-Politiker haben Recht: Ihren bisherigen Aktionen zur Verhinderung der Übernahme der neuen Regierung fehlt tatsächlich der „menschliche Faktor“. Vor den Zentralen der Medienunternehmen versammelt sich keine spontane Menschenmenge, und es ist klar, dass nur wenige Menschen, selbst unter den Parteiaktivisten, „für die TVP-Info-Endlosschleife sterben wollen“, wie es Prof. Rafał Chwedoruk in einem Interview mit der Rz sagte.

Aber die Führer der PiS glauben, dass mit einer reibungslos durchgeführten Autobus- und Propagandakampagne alles möglich ist. Dies gilt umso mehr, als die Stars der ehemaligen TVP-Info zu

Republika TV gewechselt sind und dem Sender Einschaltquoten beschere, die gerade von Polsat News überholt haben. Auf dem Sender wurde unter dem Hashtag „TVP Wie ein Mann hinter dem polnischen Fernsehen“ sogar eine Spendenaktion für die „Rausgeworfenen von TVP“ angekündigt. Dies ist jedoch nur ein Bruchteil dessen, was die ehemalige Regierung in den öffentlichen Medien zur Verfügung hatte. Wie also will die Rechte ihre Anhänger mobilisieren?

Haben Demonstrationen die Möglichkeit, etwas zu ändern?

Große Worte über die Demokratie und die Verletzung der Verfassung, das Schüren politischer Leidenschaften und die Schaffung einer alternativen Realität sollen diesem Zweck dienen. PiS-Abgeordnete fragten während einer Pressekonferenz unter anderem nach der Beteiligung der Geheimdienste an der „Operation zur Übernahme von TVP“, im Kulturausschuss wurde eine Frage nach der „Zerstörung von Archiven“ gestellt, und das Schicksal der Mitarbeiter von TVP wird in katastrophalen Farben gemalt. Je lauter und härter die verschiedenen Anschuldigungen gegen die Tusk-Regierung sind, desto mehr PiS-Anhänger werden sie hören. Dieser Plan wäre wahrscheinlich gut, wenn das Potenzial für eine Rebellion in dieser Gruppe real wäre. Es gibt nichts Erbärmlicheres als einen Politiker, der zu Massenprotesten aufruft, die niemand hört, oder wenn doch, dann jedoch nicht darauf hört. Vielleicht wird die neue Koalition eines Tages eine solche Revolte der Öffentlichkeit verdienen, aber jetzt ist sicher noch nicht der richtige Zeitpunkt. Die Unterstützung ist stabil und keine Besetzungen und Demonstrationen werden daran etwas ändern. Genauso wenig wie die Demonstrationen der Opposition nach 2015 etwas daran geändert haben.

Zsfg.: AV

<https://www.rp.pl/analizy/art39629561-zuzanna-dabrowska-pis-sni-o-narodowym-powstaniu-pod-wodza-jaroslawa-kaczynskiego>

Die angeblichen Verteidiger der angeblich freien Medien



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Monika Olejnik**

Die PiS versucht, einen Gründungsmythos aufzubauen: Hier sind die neuen Machthaber, die die Freiheit der Medien beschneiden. Aber das „ungebildete Volk“ ist nicht so blöd. Es weiß sehr gut, was die PiS-Leute wirklich verteidigen.

„Wir haben eine Propaganda geschaffen, die schlimmer ist als in der Volksrepublik Polen und sich an die Beton-Wählerschaft richtet“, so Marcin Wolski, langjähriger Direktor von TVP 2.

Es ist diese Propaganda, die von den Politikerinnen und Politikern der PiS verteidigt wird, die wir im Fernsehgebäude in der Woronicza-Straße gesehen haben. Sie schreien nach Demokratie, nach der Verfassung, nach Medienfreiheit.

Es schreit auch Mateusz Morawiecki, der sich, wie wir uns aus den E-Mails von Dworczyk erinnern, sogar zum Sprecher von Präsident Duda gemacht und für ihn ein Interview mit der PAP arrangiert hat. „Wojtek - könntest du einen cleveren Journalisten dazu bringen, ein sehr dringendes Interview mit dem Präsidenten über den Fonds zu führen - die Geschichte ist fertig, man muss sie nur noch schön formulieren und mit Fragen durchsetzen“, schrieb er an PAP-Chef Wojciech Surmacz.

Genau dieser Morawiecki, der ehemalige Premierminister, der sich ständig darüber ärgerte, dass das Fernsehen nicht genug von ihm zeigte. Oder dass es ihn in einem falschen Licht zeigt. Er rief Krzysztof Czabański, den Leiter des Nationalen Medienrates, Minister Piotr Gliński, an und beschwerte sich. Ihm gefielen die Titel auf dem TVP-Portal nicht und er forderte Änderungen.

Acht Jahre lang hat dieser Fernsehsender die Polen einer derartigen Gehirnwäsche unterzogen, dass ich glaube, dass sogar Jarosław Kaczyński diese Geschichten geglaubt hat, denn vor Kurzem hat er am Rednerpult des Parlaments verkündet, Donald Tusk sei ein deutscher Agent. Der Herr Parteivorsitzende hat diese Sendungen gesehen, und es ist kein Wunder, dass sich solche Gedanken in seinem Kopf gebildet haben. Wie der klassische Propagandist zu sagen pflegte, „das ungebildete Volk wird es kaufen“. In diesem Fernsehen sagten sie den Polen, dass ein böser Tusk kommen würde, der Polen verkaufen und die Souveränität aufgeben würde. Sie sagten uns, wenn die neue Regierung kommt, werden wir Würmer essen. Wahrscheinlich an Heiligabend anstelle von Karpfen. Die Politiker wurden entmenschlicht und zu Karikaturen gemacht, die Polen an Brüssel ausliefern wollen. Aus den TVP-Endlosschleifen kann man ein Lehrbuch für Propaganda zusammenstellen.

Und hinter diesem Fernsehen steht fest der Präsident Andrzej Duda.

Hat die Hand des Präsidenten nicht gezittert, als er das Mediengesetz unterzeichnete, wodurch dem Nationalen Rundfunkrat die Zuständigkeiten entzogen wurden? Würde der Präsident jetzt solchen gesetzlichen Änderungen zustimmen?

Einigen Leuten gefällt die Art und Weise nicht, wie die derzeitige Regierung die Veränderungen durchgeführt hat - sie haben das TVP-Signal abgeschaltet und radikale Maßnahmen ergriffen. Aber das passt zum Narrativ der PiS von einer Koalition des 13. Dezember - diese Slogans wurden auf TVP bis zum Schluss wiederholt, gepredigt in Endlosschleife. Sie wollten die Polen glauben machen, Tusk sei wie Jaruzelski.

Es war der Präsident, der ein solches Datum für die Vereidigung der Regierung Tusk gewählt hat. Und zwar deshalb, weil Morawiecki und Kaczyński die Macht nicht abgeben wollten und eine zweiwöchige Regierung bildeten. Und jetzt versucht die PiS, einen Gründungsmythos aufzubauen: Hier ist die neue Macht, die den Medien die Freiheit nimmt.

Aber dieses „ungebildete Volk“ ist nicht so blöd. Es erinnert sich daran, wer die regionale Presse, das regionale Radio, das Fernsehen in Beschlag genommen hat, wer gegen Minderheiten, Ärzte und Lehrer gehetzt hat.

Ich werde mich immer daran erinnern, wie die Polizisten den Kindern die Buntstifte wegnahmen, mit denen sie an das Schicksal der Einwanderer erinnerten, und das geschah in Krakau vor dem Hauptquartier der PiS, und das gefiel den Behörden nicht.

Es war Jarosław Kaczyński, der jetzt die Medienfreiheit auf den Lippen führt, der den Sender TVN schließen wollte, denn wenn sie alle Medien in der Hand gehabt hätten, hätten sie am 15. Oktober die Wahlen gewonnen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,30534654,rzekomi-obroncy-rzekomo-wolnych-mediow.html>



Quelle: wyborcza.pl

„Dieser Kampf der PiS für „freie Medien“, für „Pluralismus in den öffentlich-rechtlichen Medien“, diese Heuchelei rechter Politiker, die seit 8 Jahren die öffentlich-rechtlichen Medien zerstören – ist der Gipfel der Unverschämtheit, der Albernheit und der Peinlichkeit. Tiefer geht es nicht.“

Maciej Orlos - Polnischer Film- und Fernsehschauspieler, Journalist und Fernsehmoderator

Quelle: <https://x.com/MaciekOrlos/status/1739748288092418384?s=20>

zeit.de

Neue polnische Regierung löst Staatsmedien formell auf

<https://www.zeit.de/politik/2023-12/polen-staatsmedien-regierung-donald-tusk>

schwabische.de

Geschichte, Politik und Genuss bei den Polnischen Wochen

<https://www.schwaebische.de/regional/biberach/geschichte-politik-und-genuss-bei-den-polnischen-wochen-2154857>

tagesschau.de

Streit um polnisches Fernsehen. Ein Sender - drei Intendanten?

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-sender-intendanten-100.html>

spiegel.de

Polens Präsident Duda will Veto gegen Haushaltsgesetz der neuen Regierung einlegen

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-andrzej-duda-will-veto-gegen-haushaltsgesetz-von-neuer-regierung-einlegen-a-3a545fb6-e53c-4729-9cbf-2a181e4aa846>

tagesschau.de

Polens Außenminister in Kiew: "Kriege werden durch Produktion gewonnen"

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-polen-selenskyj-100.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik